

**ENTSCHLIESSUNG NR. 45: FÜR EINE LÖSUNG DES POLITISCHEN KONFLIKTS  
IN VENEZUELA UND DAFÜR, DASS DER VENEZOLANISCHE STAAT DIE  
MENSCHEN- UND ARBEITSRECHTE DER BESCHÄFTIGTEN DES  
ÖFFENTLICHEN DIENSTES IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DER VERFASSUNG,  
DEN GESETZEN UND INTERNATIONALEN KONVENTIONEN RESPEKTIERT.**

(Originalfassung auf Spanisch)

**Der 31. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD)  
findet vom 14. bis 18. Oktober 2023 in Genf statt.**

**IN ANBETRACHT** der von der Regierung der Republik Kolumbien am Dienstag, dem 25. April 2023, in Bogotá einberufenen "Internationalen Konferenz über den politischen Prozess in Venezuela", an der Vertreter von 19 Ländern und der Europäischen Union teilnahmen und auf der die Regierung Kolumbiens die internationale Gemeinschaft aufforderte, alle gegen die Bolivarische Republik Venezuela ergriffenen ein- oder mehrseitigen Zwangsmaßnahmen aufzuheben und die Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Landes in Schlüsselbereichen wie Gesundheit, Bildung, Soziales, Frieden und Ruhe anzuerkennen.

**IN DER ERWÄGUNG, dass** die Konferenz mit der Absicht einberufen wurde, den Prozess des Dialogs und der Verhandlungen zwischen der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela und der Plattform der politischen Opposition in Mexiko-Stadt wieder aufzunehmen, der Ende letzten Jahres zum Stillstand gekommen war.

Bei den Verhandlungen in Mexiko-Stadt hatten die Delegationen vereinbart, dass die aufgrund einseitiger US-Zwangsmaßnahmen auf internationalen Konten eingefrorenen venezolanischen Gelder in Höhe von 3.200 Millionen Dollar in Bildung, Gesundheit und die Instandsetzung der Infrastruktur investiert werden sollten, was jedoch nie umgesetzt wurde.

**IN DER ERWÄGUNG, dass** der Zusammenbruch der Infrastrukturen des öffentlichen Dienstes den Zugang zu Gesundheitsdiensten unmöglich macht, weil es an medizinischem Material und Ausrüstung fehlt, dass die Kontrolle der Wasserqualität in weiten Teilen des Landes versagt und dass es regelmäßig zu Stromausfällen kommt.

**BESCHLIESST:**

**ERSTENS:** Unterstützung internationaler und nationaler Prozesse, die zu einer wirksamen Lösung des politischen Konflikts und der Wirtschaftskrise, die das Land gelähmt haben, im Rahmen der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela beitragen.

**ZWEITENS:** Die Rechtswidrigkeit und Verletzung des Völkerrechts bei der Anwendung einseitiger und/oder multilateraler oder anderer Zwangsmaßnahmen durch externe Mächte und Akteure zur negativen Beeinflussung der internen politischen Dynamik und des normalen Funktionierens der Gesellschaft eines freien, unabhängigen und souveränen Staates wie der Bolivarischen Republik Venezuela anzuprangern.

**Drittens:** Wir fordern, dass die öffentlichen Mittel vorrangig in den Wiederaufbau der öffentlichen Dienste des Landes investiert werden, um Qualität, Effizienz, würdige und menschenwürdige Arbeit sowie optimale Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen im Arbeitsumfeld zu gewährleisten. Wir bekräftigen, dass qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen eine wesentliche Voraussetzung für das ordnungsgemäße demokratische Funktionieren der venezolanischen Gesellschaft sind.

**VIERTENS:** Förderung der Einheit der venezolanischen Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen und privaten Sektor, Überwindung jeglicher parteipolitischer Differenzen und somit eine starke Stimme als Vorschlag für den Wiederaufbau des Landes.

**FÜNFTENS: Die** unverzügliche Freilassung von Gewerkschafts- und Sozialführern zu fordern, die zu Unrecht wegen der Verteidigung von Rechten verurteilt wurden, und die Einstellung jeglicher Art von Verfolgung, Belästigung, Schikanie, Inhaftierung oder strafrechtlicher Verfolgung zu fordern, die verfassungswidrig gegen Gewerkschaftsführer, Arbeitnehmer oder Beschäftigte eingeleitet oder durchgeführt wurde, unter Verletzung des Rechts auf Verteidigung, der Unschuldsvermutung und der Garantie eines ordnungsgemäßen Verfahrens, weil sie die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte gefordert haben.

**Sechstens:** Eintreten für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 151, 154 und 190 durch die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela sowie für die Wiederherstellung verletzter Arbeitnehmerrechte durch sofortige Verhandlungen über Tarifverträge und die Einführung eines progressiven existenzsichernden Mindestlohns.

**SIEBENTENS: Die** Unterstützung der IÖD (Internationale der öffentlichen Dienste) zu erbitten, um unsere Vorschläge und Forderungen sichtbar zu machen und die Beteiligung der Gewerkschaften in internationalen Gremien zu unterstützen, um die Stimme der venezolanischen ArbeitnehmerInnen beim Aufbau unserer Zukunft als freies und souveränes Land zu gewährleisten.

*Eingereicht von:*

*Die Mitgliedsorganisationen der IÖD-Sektion Venezuela*